Pressemitteilung

20.04.2011

Zunehmende politische Gewalt gegen Polizisten:

Astrid Vockert fordert gesellschaftliche Solidarität

Eine stärkere gesellschaftliche Solidarität mit den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten – auch diese Schlussfolgerung muss aus den aktuellen Zahlen des Bundesinnenministeriums zu politisch motivierten Straftaten gezogen werden.

Das meint die CDU-Landtagsabgeordnete Astrid Vockert aus Schiffdorf. "Alle Bürgerinnen und Bürger sollten den Polizistinnen und Polizisten, die jeden Tag ihre Gesundheit für das Wohl der Allgemeinheit aufs Spiel setzen, mit mehr Respekt begegnen", fordert die Politikerin, die Vizepräsidentin des Niedersächsischen Landtages ist.

Benötigt werde ein gesellschaftliches Klima, in dem Gewalt gegen die Ordnungshüter, aber auch verbale Entgleisungen als Vorstufe der Gewalt geächtet seien – ob sie nun einen politischen Hintergrund hätten oder nicht.

Hintergrund: Die Hemmschwelle sinkt und die Gewalt gegen Polizeibeamte nimmt zu. 2010 wurden nach Angaben des Bundesinnenministeriums 2.889 Straftaten mit dem "Angriffsziel Polizei" registriert - und das war fast ein Drittel mehr als im Vorjahr. Dabei wurden 572 Polizisten verletzt. Rund die Hälfte aller politisch motivierten Attacken gegen die Polizei gehen auf das Konto von ultralinken Schlägern. Besonders besorgniserre-

gend findet es Astrid Vockert, dass 2010 zum ersten Mal mehr Menschen bei politisch motivierter Gewalt aus dem ultralinken Lager verletzt wurden als aus dem ultrarechten: Mehr als 1.300 Taten von links standen knapp 800 von rechts gegenüber.

Durch diese Zahlen fühlt sich die Politikerin darin bestärkt, dass ultralinke Gewalt nicht zu verharmlosen sei, sondern ernst genommen werden müsse. Auch die Gewerkschaft der Polizei habe erst kürzlich auf den Aufwärtstrend bei ultralinken Gewalttaten hingewiesen und dabei die zunehmende Brutalität solcher Angriffe herausgestellt. "Selbstverständlich bedeutet das jedoch nicht, dass Gewalt von rechts gegen Polizisten oder andere Menschen nicht ebenso bekämpft werden muss", ergänzt Astrid Vockert.